

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag*

15.05.2020

Mit dem „Green Deal“ Klimaschutz und Klimaziele konsequent verfolgen

Am Dienstagabend ist das Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Für einen [Green Deal](#)“ in der Fraktionssitzung beschlossen worden.

Die Bewahrung der Schöpfung und das Prinzip der Nachhaltigkeit sind feste Bestandteile des Politikverständnisses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dafür braucht es breite gesellschaftliche Akzeptanz und Beteiligung. Durch die Corona-Krise hat sich die wirtschaftliche Situation für die Beschäftigten und Unternehmen in unserem Land und in Europa deutlich geändert. Deshalb hat die Koalition von CDU, CSU und SPD vereinbart, darauf zu achten, Belastungen für Beschäftigte und Unternehmen durch Gesetze und andere Regelungen möglichst zu vermeiden.

Der „[Green Deal](#)“ muss nun so ausgestaltet werden, dass er die Bewältigung der Corona-Pandemie nicht behindert, sondern unterstützt. Unsere Grundsätze haben deshalb stärkere Gültigkeit denn je: Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung sowie Umwelt- und Klimaschutz sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Sie werden nur dann erfolgreich und langfristig nachhaltig sein, wenn es gelingt, auch die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte so zu berücksichtigen, dass neue Entwicklungschancen entstehen und Beschäftigung und Wirtschaftskraft erhalten bleiben. Verantwortungsvoll zu handeln bedeutet für die Unionsfraktion, unser Land, die Gesellschaft und die Wirtschaft nach der Corona-Krise nachhaltig, widerstandsfähig und klimafreundlich aufzubauen. In diesem Sinne ist auch der European Green Deal zu sehen.

Ein ambitioniertes [EU-Klimaziel für 2030](#) sehen wir als einen konsequenten europäischen Beitrag zum globalen Klimaschutz und auch als Chance für gleiche Wettbewerbsbedingungen. Wir können die Klimaziele

aber nicht alleine erreichen. Wir brauchen dafür auch die anderen Staaten Europas und der Welt und müssen diese mitziehen und herausfordern.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass Europa mit dem [European Green Deal](#) mit gutem Beispiel vorangeht und das Ambitionsniveau steigern will. Dafür brauchen wir eine faire Lastenverteilung unter den Mitgliedsstaaten. Denn alle müssen einen engagierten Beitrag leisten. Deutschland hat bereits einen verbindlichen Weg zur Erreichung des nationalen Klimaziels mit einer Reduktion von 55 Prozent der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 abgesteckt. Entgegen aller kritischen Prognosen werden wir unser Klimaziel bis Ende 2020 – sogar unabhängig von der Corona-Pandemie – nun doch erreichen.

Mit der Einführung eines Emissionshandels für Wärme, Verkehr und auch für den Schiffsverkehr auf europäischer Ebene würde die Reduzierung von CO₂-Emissionen über einen effektiven marktwirtschaftlichen Mechanismus erfolgen. Dies bietet dann auch die Chance, die Lasten innerhalb Europas neu zu verteilen. Nur mit solchen innovativen Instrumenten sind die ehrgeizigen EU-Ziele zu erreichen.

Vor allem für die CO₂-Reduzierung im Verkehrssektor stellt der Emissionshandel ein innovatives Instrument dar. Ein solches Handelssystem setzt Anreize für klimaschonendes Verhalten im Fahrzeugbestand und den Umstieg der Verbraucher auf klimafreundlichere Autos. Das ist der richtige Weg. Denn allein mit Ordnungsrecht und Grenzwerten im Neuwagenbereich sind die ambitionierten Klimaziele im Verkehrssektor nicht zu erreichen.

Beratung für Grenzgänger

Beratung für Bewohner in Grenzregion In der deutsch-französischen Grenzregion hat die COVID-19-Pandemie einen besonders starken Einfluss auf die Mobilität der Bürger. Grenzgänger, Handwerker, Studenten und Verbraucher sehen sich aktuell mit diversen rechtlichen und administrativen Hindernissen konfrontiert: Was passiert mit dem in Frankreich gebuchten Hotel? Kann die deutsche Firma das bestellte Möbelstück nach Frankreich liefern? Kann ich über die Grenze zum Arzt gehen? Darf ich als Grenzgänger im Nachbarland einkaufen? Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V. (ZEV) gibt Verbrauchern Antworten auf die aktuellen Fragen. Das ZEV und seine europäischen Abteilungen, die Europäischen Verbraucherzentren Deutschland und Frankreich, haben auf ihren Internetseiten Informationen in deutscher und französischer und englischer Sprache über die Situation in der Grenzregion und in Europa veröffentlicht, die täglich aktualisiert werden. <https://www.cec-zev.eu/de/themen/coronavirus-in-der-deutsch-franzoesischen-grenzregion/>

Krisenhilfe der EU

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat zur Bewältigung der Pandemie die EIT-Krisenreaktionsinitiative ins Leben gerufen, die innovative Lösungen für die soziale und wirtschaftliche Erholung unterstützt. Durch diese Initiative stellt das EIT zusätzliche Mittel in Höhe von 60 Mio. Euro zur Verfügung. Unterstützt werden damit neue Innovationsprojekte, die sich direkt mit der Krise befassen und Lösungen entwickeln sowie Start-ups und KMU. Weitere Informationen unter: https://ec.europa.eu/germany/news/20200514-eu-krisenhilfe-coronakrise_de

Corona - Steuern und Finanzen

Zur Beratung des Corona-Steuerhilfegesetzes im Deutschen Bundestag erklärte der zuständige Berichterstatter Fritz Güntzler, gemeinsam mit der finanzpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Antje Tillmann: „Die COVID-19-Pandemie stellt eine enorme Herausforderung für die Wirtschaft und Gesellschaft dar. So sollen mit der zeitlich befristeten Umsatzsteuerermäßigung ab 1. Juli 2020 für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die Gastronomiebranche abgemildert werden, sobald eine

vorsichtige Öffnung wieder möglich ist. Darüber hinaus sind jedoch noch weitergehende Maßnahmen im Bereich des Steuerrechts erforderlich, um die Wirtschaft und unsere Unternehmen in der jetzt anstehenden wirtschaftlich schwierigen Lage zu unterstützen. Die von uns bisher bereits geforderte Reform des Unternehmenssteuerrechts wird in der anstehenden Rezession um so dringlicher. Wir fordern daher unter anderem: Die Verlängerung der Reinvestitionsfrist in § 7g EStG für in 2020 fällig werdende Investitionen, eine Ergänzung der Verwaltungsanweisung zur unterjährigen Verlustverrechnung in Form einer „Corona-Rücklage“, die es ermöglichen soll, im Rahmen der steuerlichen Gewinnermittlung 2019 eine steuerfreie Rücklage für die im Jahr 2020 erwarteten Verluste zu bilden und außerdem muss die steuerliche Belastung von thesaurierten Gewinnen bei Personengesellschaften reduziert werden; Zusätzlich eine Ausweitung der bestehenden Verlustverrechnungsmöglichkeiten nach § 10d EStG.

Kritische Sicht auf Internet-Infos

Angesichts von zahlreichen Verschwörungstheorien zur Corona-Krise plädiert Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) für eine kritische Sicht auf Informationen aus dem Internet. „Es ist ein Medium, das die eigene Sicht und Meinung immer weiter verstärkt und Skandale oder Verschwörungstheorien viel stärker wirken lässt als Informationen und Fakten“ sagte der 45-Jährige der Deutschen Presse-Agentur in Dresden. Eine Information aus dem Netz sei aber mitunter kein Fakt und müsse noch lange keine Wahrheit sein. Deutschland sei ein sehr pluralistisches Land. In klassischen Medien gebe es ein ausgewogenes Meinungsspektrum. (dpa) Weitere Infos zu Fake-Infos unter: <https://www.schau-hin.info/sicherheit-risiken/fake-news-umgang-mit-falschmeldungen;> oder unter: [https://www.lmz-bw.de/medien-und-bildung/jugendmedienschutz/fake-news/wie-kann-man-fake-news-erkennen/;](https://www.lmz-bw.de/medien-und-bildung/jugendmedienschutz/fake-news/wie-kann-man-fake-news-erkennen/)

Zitat

„In einer Krise muss man zusammenstehen und die Dinge so bewerkstelligen, dass sie funktionieren in der Praxis.“ (Bundesinnenminister Horst Seehofer, CSU, am Mittwoch vor der Presse in Berlin auf die Frage, warum er in den vergangenen Wochen so selten in der Öffentlichkeit präsent war. dpa)